

17. Wahlperiode

Antrag

der Piratenfraktion

Verhandlung über den Rückkauf weiterer Anteile der Unternehmensgruppe Berliner Wasserbetriebe wirtschaftlich gestalten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, im Rahmen der Verhandlung über den Rückkauf weiterer Anteile der Unternehmensgruppe Berliner Wasserbetriebe dafür zu sorgen, dass durch den Rückkauf keine Rückforderungsansprüche gegen die Veolia Wasser GmbH ausgeschlossen werden. Bei der Festsetzung des Kaufpreises ist zu berücksichtigen, dass gegenwärtig nicht alle wertbildenden Faktoren bekannt sind. Insbesondere ist zu beachten, dass vor dem Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin gegenwärtig mehrere Verfahren anhängig sind, deren Ausgang sich auf die Bewertung der von der Veolia Wasser GmbH gehaltenen Anteile auswirken kann.

Begründung:

Es besteht die Befürchtung, dass der Rückkauf der Anteile an den Berliner Wasserbetrieben von der Veolia Wasser GmbH für die Berlinerinnen und Berliner unnötig teuer werden könnte. Insbesondere besteht die Gefahr, dass der Kaufpreis sich bereits in absehbarer Zeit als zu hoch erweisen wird. Dabei gibt es keinen Grund Veolia den Ausstieg aus der Partnerschaft zu versüßen. Vielmehr ist auch beim Rückkauf das Gebot der Sparsamkeit zu beachten.

Berlin, den 27.08.2013

Delius, Herberg
und die übrigen Mitglieder
der Piratenfraktion